

Regierung zieht trotz Kritik positive Integrationsbilanz

Vor einem Tag

Berlin (AFP) — Entgegen der Kritik von Opposition und Migrantenverbänden hat die Bundesregierung eine positive Zwischenbilanz des Nationalen Integrationsplans gezogen. "Alle 400 Einzelmaßnahmen wurden begonnen, einige sind bereits abgeschlossen", sagte die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU). Nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) muss die Arbeit nun gemeinsam mit Vertretern aus Bund und Ländern und den Migranten zu Ende geführt werden. Die an dem dritten Integrationsgipfel teilnehmenden Vertreter der Migranten zeigten sich skeptisch. Erneute Kritik kam auch von der Opposition.

"Es hat sich gezeigt, dass Integration mehr ist als die Summe aus 400 Einzelmaßnahmen", sagte Merkel. Die Bundesregierung werde daher Indikatoren erarbeiten, die die Erfolge der Integration messbar machen. "Migranten gehören zu unserer Gesellschaft." Sie müssten sich daher auch in ihr wiederfinden. "Integration muss in Partizipation münden", sagte Merkel. Wichtig sei zudem eine gegenseitige Offenheit von Deutschen und Migranten für das Verständnis der jeweils anderen Kultur und Gesellschaft.

Böhmer verwies vor allem auf den Erfolg des Dialogansatzes. "Mit Migranten statt über sie zu reden hat sich als tragfähig erwiesen." Nun sei eine neue Etappe bei der Umsetzung des Plans angebrochen. "Wir wollen uns inhaltlich noch mehr aufstellen", sagte Böhmer. Neben den klassischen Integrationsthemen wie Bildung, Ausbildung und Sprache sollen auch Fragen der Gesundheit, Sport und die Nutzung der Medien stärker in den Mittelpunkt rücken.

Zwar sei das Thema Integration bundesweit in die Öffentlichkeit gerückt, sagte Mehmet Tanriverdi, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland. "Wir sind allerdings noch weit weg von allen Verpflichtungen, die wir uns vorgenommen haben."

Kritik am Stand der Umsetzung des Integrationsplans kam auch von Seiten der Opposition. "Beim heutigen Integrationsgipfel feiert die Regierung ihr eigenes Versagen", erklärte Grünen-Chefin Claudia Roth. Die Bilanz sei dürftig und der Plan lasse für die Migranten wichtige Fragen wie die Verschärfung des Ehegattennachzugs oder die Einführung von Einbürgerungstests aus. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast und der migrationspolitische Sprecher Josef Winkler kritisierten den Gipfel als "Armutszeugnis": "Satte 400 Versprechen wurden gegeben. Am Ende bleiben nur warme Worte."